



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009
Parteienlandschaft im Osten (31. August 2005)

Vor dem Hintergrund des erwarteten Erfolgs der Linkspartei/PDS in den bevorstehenden Bundestagswahlen erinnert der Berichterstatter daran, dass 70 Prozent der Wähler in den neuen Bundesländern die etablierten Parteien wählen. Dennoch bestehen Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Ost und West: Im Osten Deutschlands sind Parteibindungen schwach und die Parteien müssen Wählerstimmen und Parteimitglieder aus anderen gesellschaftlichen Gruppen rekrutieren als im Westen.

Die restlichen 70 Prozent

Alle starren auf die Linkspartei – aber auch im Osten wählt die Mehrheit die anderen Parteien

Von Ende Juli bis Ende August war die Vorsitzende der sächsischen Linkspartei/PDS, Cornelia Ernst, wieder auf Hartz-Tour durch Sachsen. Wie schon im sächsischen Landtagswahlkampf vor einem Jahr nutzte die wenig charismatische Politikerin die verbreitete Proteststimmung gegen die Arbeitsmarktreform nun auch im Bundestagswahlkampf mit Leichtigkeit für ihre Partei. Diesmal ist die PDS dabei sogar noch erfolgreicher als im vergangenen Jahr. War es der NPD vor zwölf Monaten ebenfalls mit einer Anti-Hartz-Kampagne gelungen, Aufmerksamkeit und Stimmen zu gewinnen, bindet die um WASG und Lafontaine („Fremdarbeiter“) erweiterte PDS diesmal offensichtlich auch potentielle NPD-Wähler an sich. Das jedenfalls legen die aktuellen Umfragen nahe, in denen die NPD nur unter „ferner liefen“ rangiert. Anders als bei der für sie desaströsen Bundestagswahl 2002 hat die PDS diesmal ein Thema.

Seit Wochen schon wird der in Linkspartei umbenannten PDS im Osten von Meinungsforschern ein Stimmenanteil von bis zu 30 Prozent prognostiziert. Das hat Politiker der anderen großen Parteien aufgeschreckt. Sie erklärten die Linkspartei zur Hauptkonkurrentin, diskutierten über den Sinn oder Unsinn ostspezifischer Wahlkämpfe oder schwadronierten über unterschiedlich kluge Bevölkerungsteile und Frustrierte. Darüber gerieten freilich die restlichen 70 Prozent der Wähler im Osten aus dem Blick, die ihr Kreuzchen nicht bei der Linkspartei/PDS machen wollen. Wer sind diese Leute? Insgesamt fällt auf, daß CDU, SPD, aber auch FDP und Grüne in den neuen Ländern alles in allem weniger Rückhalt (und einen viel geringeren Mitgliederstamm) haben und die Bindung an sie viel schwächer ausgeprägt ist als in Westdeutschland. Wähler im Osten machen ihre Entscheidung stärker noch als Wähler im Westen von aktuellen Themen, Ereignissen und Personen abhängig. Innerhalb kurzer Zeit schwanken Wahlergebnisse vor allem

der CDU und der SPD erheblich. So erzielte die SPD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April 2002 nur noch 20 Prozent (ein Verlust von 16 Prozentpunkten), lediglich fünf Monate später war sie bei der Bundestagswahl mit 43,2 Prozent wieder stärkste Partei. Auch in Sachsen gibt es solche Abweichungen zwischen Landtags- und Bundestagswahlergebnissen mittlerweile regelmäßig. Die Union wiederum schnitt bei Bundestagswahlen in Sachsen schon um mehr als 20 Prozentpunkte schlechter ab als bei Landtagswahlen. Laut jüngsten Umfragen kann sie in Sachsen anders als in den anderen ostdeutschen Bundesländern bei der anstehenden Bundestagswahl damit rechnen, mit deutlichem Abstand zur Linkspartei/PDS stärkste Partei zu werden.

Union und SPD werden im Osten von anderen Bevölkerungs- oder Berufsgruppen unterstützt als im Westen, was mit den in vierzig Jahren SED-Herrschaft weitgehend ausgelöschten historisch-politischen Milieus zu tun hat. So gelang es der CDU in vielen Wahlen im Osten, einen Großteil der Arbeiter und selbst der Arbeitslosen an sich zu binden. Die SPD, der das bisher in Westdeutschland gelungen war, vermag diese Wähler dagegen ausgerechnet in ihren mitteldeutschen Ursprungsregionen Sachsen und Thüringen kaum zu erreichen. Als äußerst nachteilig erwies sich für die SPD, daß sie als einzige Partei 1990 einen kompletten Neuanfang in Ostdeutschland bewältigen mußte. Alle Konkurrenten konnten dagegen auf Organisationsstrukturen und Personal sowie Mitgliederdateien zurückgreifen.

Grundsätzlich erwies sich die Union in den neuen Ländern als die Partei der kleinen Leute. Besonders eindrucksvoll zeigte sich das bei der Landtagswahl 1999 in Sachsen. Mußte die CDU ein Jahr davor bei der Bundestagswahl in Sachsen noch herbe Verluste bei Arbeitern hinnehmen, stieß sie nun in dieser Berufsgruppe mit 58 Prozent wieder auf große Resonanz. Und selbst von den Arbeitslosen, die 1999 zur Wahl gingen, entschieden sich 49 Prozent für die CDU. 66 Prozent der Wähler mit niedriger Bildung (Volks- und Hauptschule oder kein Abschluß) votierten damals für die Union. Bei der Landtagswahl 2004 mußte die Union in Sachsen zwar quer durch alle Berufsschichten Verluste hinnehmen, besonders heftig aber waren sie bei Auszubildenden (minus 24 Prozentpunkte), Arbeitern (minus 15 Prozentpunkte) und Arbeitslosen (minus 17 Prozentpunkte). Insgesamt blieb sie aber (unter anderem) die Partei der kleinen Leute.

Die SPD, in Sachsen bei allen Berufstätigen auf äußerst niedrigem Niveau, erhielt nur noch fünf Prozent der Arbeiterstimmen (minus fünf Prozentpunkte) und nur noch acht Prozent der Stimmen von Arbeitslosen (minus ein Prozentpunkt). Insgesamt kam die Sozialdemokratische Partei nur noch auf 9,8 Prozent in Sachsen. Erstaunlicherweise mußte auch die PDS bei Arbeitern und Arbeitslosen Verluste hinnehmen – sie erreichte dort 18 und 28 Prozent (jeweils ein Prozentpunkt weniger als 1999), trotz ihrer massiven Kampagne gegen die Hartz-Gesetze konnte sie nur bei den Rentnern deutlich zulegen, die ja nicht von den neuen Regelungen betroffen sind. Für die FDP (und auch die Grünen, denen der Wiedereinzug in einen ostdeutschen Landtag bisher nur in Sachsen gelang) ist die Ausgangslage im Osten deshalb schlecht, weil es dort kein dem Westen vergleichbares bürgerlich-liberales Milieu gibt. Bei der Landtagswahl in Sachsen im vergangenen Jahr gelang es der FDP allerdings, erstmals die Selbständigen in größerer Zahl anzusprechen – zwölf Prozent dieser Berufsgruppe (plus neun Prozentpunkte) entschieden sich für die FDP. Zwar

wählten 54 Prozent der Selbständigen die CDU, fünf Jahre davor aber waren es noch 69 Prozent gewesen. Allerdings entschieden sich auch acht Prozent dieser Berufsgruppe im September 2004 für die NPD. Großen Zuspruch erhielt die FDP mit 13 Prozent aus der Berufsgruppe der Auszubildenden (plus zehn Prozentpunkte).

Während die CDU bei der Gruppe der Wähler zwischen 18 und 24 Jahren einen Stimmenrückgang von 25 Prozentpunkten hinnehmen mußte, legte die FDP in dieser Gruppe sieben Prozentpunkte zu. Ähnlich erfolgreich unter jungen Leuten war die Partei schon 2002 in Sachsen-Anhalt, wo sie mit 13,3 Prozent wieder in den Landtag einzog und eine Koalition mit der CDU eingehen konnte, die SPD wurde in Sachsen-Anhalt für ihre Arbeit in der von der PDS tolerierten Minderheitenregierung unter Ministerpräsident Höppner abgestraft. Beinahe zehn Jahre lang hatte die SPD in Sachsen-Anhalt unter Arbeitern die Vorherrschaft halten können. Nun zeigte sich, daß es der Partei nicht gelungen war, diese Kernwählerschaft dauerhaft zu binden. Sah es zunächst vor allem in Sachsen danach aus, als werde die SPD zwischen der CDU und der PDS zerrieben, waren die Sozialdemokraten nun auch in Sachsen-Anhalt hinter die PDS zurückgefallen. Die Hoffnung, durch Annäherung an die PDS wie durch das „Magdeburger Tolerierungsmodell“ oder wie in Mecklenburg-Vorpommern in Gestalt einer regulären Koalition mit der PDS diese langfristig überflüssig zu machen, erwies sich als ebenso verfehlt wie die zweite Strategie, die PDS durch ein Bündnis mit der CDU in Schach zu halten. Bei der Landtagswahl 2004 in Brandenburg mußte die SPD, lange Jahre die beherrschende politische Kraft, drastische Einbußen an Stimmen der kleinen Leute hinnehmen. Hartz IV wurde gerade in dieser Gruppe zum Kristallisationspunkt für durchaus schon länger aufgestautes Unbehagen. In den vergangenen zehn Jahren hat die SPD 22,2 Prozentpunkte verloren.

Die Wiege der SPD steht in den Gegenden, die heute neue Bundesländer heißen. Und doch ist die Partei im Osten schwächer als anderswo. Sie mußte als einzige nach der Wende bei Null anfangen. Zudem erreicht die CDU viele klassische SPD-Wähler.

Quelle: Reiner Burger, „Die restlichen 70 Prozent“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. August 2005, S. 12. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.